



Fraktion CDU/Bauern/FDP Kreistag Dahme-Spreewald
c/o Dr. M. Kuttner Spreewaldstr. 3, 15741 Bestensee

Landkreis Dahme-Spreewald
Büro Kreistag – Frau Pernack
Reutergasse 12
15907 Lübben (Spreewald)

Bestensee, 28. Januar 2017

Stellungnahme der Fraktion CDU/Bauern/FDP zum Entwurf des Nachtrags-Haushalts 2018

Die Fraktion bedankt sich bei der Kämmerei ausdrücklich für die Vorbereitung des Haushaltsentwurfs. Ein besonderer Dank gebührt dem Kämmerer Herrn Klein und dem Amtsleiter Herrn Nagel für die Ausführungen zu dem Haushaltsentwurf auf unserer Fraktionstagung.

Die Fraktion unterbreitet mit dieser Stellungnahme Vorschläge, wo und wie aus unserer Sicht Änderungen des HH-Entwurfs erforderlich sind.

1. Auf der Basis der sehr guten Finanzlage des Landkreises haben wir uns für eine deutliche mehrstufige Entlastung der Kommunen und damit für eine Reihe von Vorteilen für die Bürger entschieden.
Die Fraktion schlägt vor, bei der Kreisumlage eine Entlastung von ca. 6,2 Millionen Euro zu Gunsten der Kommunen vorzunehmen, was einer Kreisumlage von 37,5 % entspricht.
Damit erhöht sich der Bewegungsspielraum für die Kommunen. Diese Minderausgaben stehen den Gemeinden für gezielte Investitionen zu Gunsten ihrer eigenen Bürger zur Verfügung.
2. Zusätzlich sollen finanzschwache Kommunen bei wichtigen Vorhaben unterstützt werden. Dazu können wir uns vorstellen, den bereits angeregten Strukturfonds für Investitionen in erheblich modifizierter Form erneut im Landkreis aufzulegen.
Wir schlagen folgende Veränderungen vor:
Der Fonds wird in 2018 mit 1,0 Mio € und in den Jahren 2019-2021 mit je 1,5 Mio € ausgestattet.
Einzigste Zugangsvoraussetzung zur Antragsstellung ist, dass die beantragenden Kommunen einem Haushaltssicherungskonzept unterliegen.
Die letzte Entscheidung zum Antragszuschlag sollte in jedem Fall der Kreistag fällen.

Eine entsprechende Vergabesatzung ist durch die Kreisverwaltung zu erarbeiten. Obwohl die Kommunen ihre eigenen Schwerpunkte setzen sollten, können wir uns hier als bevorzugte Projekte Eigenanteile für vom Land und anderen geförderte Investitionen, Kita, Bildung, und Infrastruktur vorstellen.

Im Interesse einer zügigen politischen Meinungsbildung schlagen wir vor, den Entwurf der Satzung durch das MIK prüfen zu lassen. Bis zum Vorliegen des Prüfergebnisses sollten die geplanten HH-Mittel mit einem Sperrvermerk versehen werden.

Die Zuwendungen aus dem Strukturfonds zur Erstellung von Eröffnungsbilanzen und Jahresabschlüssen lehnen wir komplett ab. Die gesetzliche Grundlage, diese Bilanzen zu erstellen, gibt es seit 2008. Übergangsfristen des Gesetzgebers konnten durch einzelne Kommunen nicht genutzt werden, weil das Land seiner Pflicht zur Aufstockung der Schlüsselzuweisungen für notleidende Kommunen nicht adäquat nachgekommen ist.

Dieses Versäumnis finanzrechtlich und indirekt dem Landkreis mit seiner Kommunalaufsicht zu überlassen, indem die Haushalte der Kommunen durch die fehlende Eröffnungsbilanz einer Genehmigung zuwider laufen, ist politische Realität in Brandenburg.
Uns ist dabei sehr wohl bewusst, dass auch das RPA und die Kommunalaufsicht in den vergangenen Jahren nicht immer im „Eilzugtempo“ die Bearbeitung der vorliegenden Bilanzen vorgenommen haben.

3. Ein wesentlicher Kostenfaktor in unserem HH sind die Personalkosten.
Hatten wir vor 10 Jahren noch einen Gesamt-HH von ca. 190 Mio. €, sind es in diesem Jahr inkl. Investitionen bereits 299 Mio €. Da scheint der Anstieg der Personalkosten von ca. 33-34 Mio € p. a. vor 10 Jahren im Vergleich zu 55,75 Mio p.a. in 2018 sind nachvollziehbar und gerechtfertigt.
Wir sehen in einigen Bereichen jedoch Handlungsbedarf und halten einen Personalaufwuchs von lediglich 4.9 VZE-Stellen zur Umsetzung der Haushaltsvorgaben für zu optimistisch.

Wir fordern dies ausdrücklich noch einmal zu überprüfen.

Noch ein allgemeines Wort zu der Erstellung von Organisationsuntersuchungen bei der Bestätigung oder Erweiterung der VZE-Stellen.
Wir wünschen uns Sensibilität und Fingerspitzengefühl bei der Geschwindigkeit der Einführung und legen großen Wert eine breite und ausführliche Kommunikation im Vorfeld zwischen Politik und Verwaltung sowie den Mitarbeitern.

Aus unserer Sicht kann dieser Prozess der personellen Umgestaltung nur in einem Zeitraum von mehreren Jahren realisiert werden.

Noch eine Bitte an den Landrat: In ganz besonderen Einzelfällen (so z.B. bei Langzeitkranken) bitten wir in Verhandlungen mit dem Personalrat zu prüfen, ob der Einsatz von Zeitarbeitsmodellen eine entlastende Alternative darstellen könnte.

4. Im Bereich der Investitionen fordern wir eine Vorverlegung des Baus der Rettungswachen. Da der BER in den nächsten 2 Jahren nicht in Betrieb gehen wird, ist bei dem Bau der Rettungswache Flughafen kein Zeitdruck gegeben.
Bei den weiteren Rettungswachen in unserem Landkreis sehen wir dagegen erheblichen Zeitdruck.
Es gibt hier eine gesetzliche Vorgabe mit Rettungszeiten, die wir einhalten müssen.
Für den geplanten Bau der Rettungswachen fordern wir mit allem Nachdruck eine differenzierte Neuausrichtung der Errichtung und Fertigstellung. Wir fordern den Bau der Rettungswachen vor allem im Süden mit allem Nachdruck in 2018 zu beschleunigen und im Wesentlichen 2019 abzuschließen.
5. Zusätzlich beantragen wir, im Investitionsbereich vorausschauend ab 2019 und in den folgenden Jahren zusätzliche 2-3 Mio € zum weiteren Ausbau des Breitbandnetzes zur Verfügung zu stellen.
6. Im Kulturbereich sehen wir es als erforderlich an, die finanzielle Ausstattung zu verbessern. Deshalb beantragen wir für die „spektrale“ (beginnend 2018) 50.000 € und für die „aquamediale“ 100.000 € in den jeweiligen Veranstaltungsjahren in den HH-Plan fest aufzunehmen. Das macht die Projektdurchführung unabhängig von den zum Teil erst spät erfolgenden Förderzusagen.
Mit diesen beiden Maßnahmen haben wir zwei unserer kulturellen Highlights gesichert, aber
es gibt vielfältige weitere kulturelle Aktivitäten in eingetragenen Vereinen, Kommunen, Schulen, u.v.a.m. Hier können wir im Moment nicht einmal 50 % der gestellten Anträge berücksichtigen und fördern.
Deshalb beantragt die Fraktion für diesen Bereich 150.000 € fest in den HH 2018 und die Folgejahre einzuordnen.

Weitere 25.000 € sollten darüber hinaus 2018 in den HH aufgenommen werden, um die Kulturentwicklungsplanung zu überarbeiten und dem KT zur Beschlussfassung vorzulegen.

7. Auch die Förderung von Jugendsport und Sportvereinen entspricht aus unserer Sicht weder den gegenwärtigen Anforderungen noch der aktuellen Beschlusslage. Insofern muss zur Erreichung der Zielvorgaben finanziell nachgesteuert werden. Wir beantragen deshalb, im Plan 2018 und den Folgejahren 100.000 € zusätzlich für diesen Bereich zur Verfügung zu stellen.

Hier fehlt eine Sport-Entwicklungs-Konzeption, damit u. a. zusätzliche Mittel im MBSJ beantragt werden können.

Die vorliegende Sportstättenplanung aus 2008 muss dazu aktualisiert, ebenso wie die Sportstättenstatistik aus 2011 überarbeitet werden.

Zur Aktualisierung der beiden Unterlagen und zur Erstellung der Sport-Entwicklungs-Konzeption sollten dafür im HH 2018 ebenfalls 25.000 € eingestellt werden.

8. Zur Verbesserung der haus- und landärztlichen Versorgung der Bürger beantragt die Fraktion erneut ein Stipendienprogramm für Medizinstudenten, die nach Abschluss ihres Studiums dann als Land- oder Fachärzte im Kreis verpflichtend tätig werden. In der dafür zu erarbeitenden Satzung soll der Landrat auch die Bereitstellung eines zusätzlichen Gründerzuschusses für die Praxen dieser Ärzte berücksichtigen.

Wir gehen zunächst von einem Finanzbedarf von 30.000 € p. a. (5 Studenten ab 500 € Zuschuss je Monat- nachdem das Physikum absolviert wurde) aus.

9. Wir unterstützen die Erarbeitung einer Kreisentwicklungskonzeption und schließen uns der allgemeinen Meinung an, dass dazu externer Fachverstand erforderlich ist. Aus unserer Sicht sind dazu finanzielle Mittel in Höhe von 120.000 – 150.000 € notwendig.

10. Obwohl in den letzten Jahren mehrere Mio € in die Ertüchtigung unser IT geflossen sind, haben wir auf keinen Fall den erforderlichen Stand erreicht.

Die Angleichung der einzelnen IT-Systeme ist ebenso wie die Zuverlässigkeit (z.B. RIS) der Software zu verbessern. Darüber hinaus sind eine papierarme bis hin zu papierloser Verwaltung, die Einführung von Online-Bezahlsystemen u. v. a. m. in Angriff zu nehmen.

11. Um das wichtige Ehrenamt zu stärken, sollten die finanziellen Mittel für die Verkehrswacht moderat erhöht werden, um die materielle Basis für die Verkehrsschulung in Kitas und den Primarstufen der Schulen verbessern zu können.

12. Um die Kommunikationswege mit den Bürgern des Kreises bei Beschwerden und Anliegen besser und effektiver gestalten zu können, fordert die Fraktion die Kreisverwaltung auf, sich am Dienstleistungsportal MAERKER zu beteiligen.

Dr. Michael Kuttner
Fraktionsvorsitzender